

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Michael Bloss (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu V-26

Von Zeile 28 bis 34:

das sich die BDK einigt). Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage ein Klimaschutzgesetz angekündigt. ~~Dieses Gesetz muss verbindlich einen Treibhausgasminderungspfad festlegen und mit den notwendigen Maßnahmen in den Sektoren unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich erreicht. Auf Deutschland wird es dann ankommen, dass sich die Mitgliedstaaten im Rat auf eine ambitionierte Position einigen. Darin soll ein CO2-Budget, ein unabhängiger europäischer Klimarat und Überprüfungsmechanismen festgeschrieben werden, es soll direkt notwendige Maßnahmen in den Sektoren unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich erreicht. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es sein, dass ein neues europäisches CO2-Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26 eingereicht werden kann..~~ Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein!

weitere Antragsteller*innen

Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Philipp Bruck (KV Bremen-Kreisfrei); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Kathrin Henneberger (KV Köln); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Veit Otto (KV Köln); Till Kötter (KV Berlin-Pankow); Michael Röls (KV Dortmund); Cord Thissen (KV Köln); Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Antonius Jaekel (KV Osnabrück-Stadt); Hannes Sturm (KV Freiburg); Dennis Barth (KV Konstanz); Pascal Haggenmüller (KV Karlsruhe-Land); Jonas Maier (KV Mannheim); Annkatrin Esser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.